



Am 7. Mai verteilten Mitglieder der Linken an Bahnhöfen Flyer für den Ausbau der Ostbahn.
Collage: Judith Maringer

Wählt Die Linke für soziale Belange!

Kreistagsfraktion blickt auf Legislatur zurück

Mit ihren elf Sitzen bildete Die Linke die stärkste Fraktion im Kreistag Märkisch-Oderland in der jetzt auslaufenden Legislatur. Außerdem hatte der Kreistag zu Beginn dieser Wahlperiode vor fünf Jahren Bettina Fortunato aus der Linksfraktion zu seiner Vorsitzenden bestimmt. Schon diese Wahl widerspiegelte den hohen Stellenwert der Fraktion, schätzte Uwe Salzwedel auf der Klausur der Linken im Mai in Quappendorf (b. Neuhardenberg) ein. Dabei unterstrich der Vorsitzende, dass seine Fraktion im gesellschaftlichen Leben des Landkreises für ihre Pro-

fessionalität und ihren Einsatz für soziale Belange hohe Anerkennung genieße. Zu den Erfolgen gehöre ihr langjähriges Ringen für eine beitragsfreie Schülerbeförderung, die 2023 endlich vom Kreistag beschlossen wurde. Leider fand aber z. B. der Antrag der Fraktion für einen Zuschuss für ein gesundes Mittagessen an Schulen des Landkreises keine Mehrheit. Salzwedel dankte den Fraktionsmitgliedern für ihre ambitionierte Arbeit und für ihr vertrauensvolles Miteinander.

Im neuen Kreistag wollen sich die Linken weiterhin einsetzen

für gute Bildungs-, Erziehungs-, Freizeit- und Sportangebote für alle, für mehr Schulsozialarbeiter, für den Erhalt des kreiseigenen Krankenhauses mit Standorten in Strausberg, Wriezen, Bad Freienwalde und Seelow, für bezahlbare Wohnungen und den Ausbau des ÖPNV wie Zweigleisigkeit der Ostbahn und dichtere Bustaktungen. Auch mehr Bürgerbeteiligung vor Entscheidungen des Kreistages ist der Linken wichtig. Sie streitet gegen rechtsextreme Tendenzen und für ein solidarisches, sozial gerechtes Miteinander.

r. a.

**Linke Aktion
für die Ostbahn**

Seite 2

**Sebastian Walter
in Hoppegarten**

Seite 3

**Krone-Schmalz
für Diplomatie**

Seite 4

**Anstieg rechter
Gewalttaten**

Seite 6

Linke forderten an Bahnhöfen den Ausbau der Ostbahn

Am 7. Mai verteilten Mitglieder der Linken an den Bahnhöfen



Foto: L. Schwarz

Strausberg, Müncheberg und Seelow Flyer mit Forderungen für den dringend erforderlichen Ausbau der Ostbahn zwischen Berlin und Kostrzyn. Dabei geht es vor allem um die Zweigleisigkeit und die Elektrifizierung der gesamten Strecke sowie um Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit. Gefordert werden zudem: mindestens ein stündlicher Halt an allen Haltepunkten, mehr Sitzplätze und funktionierende moderne Klimaanlage. Außerdem überreichten die engagierten Linken den Fahrgästen Tüten mit weiteren Info-Materialien, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Viele helfende Hände hatten in der Geschäftsstelle Strausberg da-

für 300 Tüten vorbereitet.

Leider pendelten am Verteiltag zwischen 17 und 19 Uhr nicht mehr so viele Fahrgäste mit dem RB 26. In Müncheberg hatte der Zug 15 Minuten Verspätung. Da kamen unsere Tüten gleich noch besser an. Mehrere Jugendliche äußerten allerdings, dass sie sich politisch rechts einordnen. Wir müssen uns künftig mehr um junge Menschen bemühen, um dort politisch für uns wieder Türen zu öffnen.

Auf jeden Fall haben wir mit unserer Aktion für Aufmerksamkeit gesorgt. An dieser Präsenz müssen wir in Zukunft weiterarbeiten.

Judith Maringer

Bürgertalk mit Carolin Schönwald



Foto: A. Fortunato

„Damit sich was tut, misch dir ein“ – mit dieser Aufforderung tourt Carolin Schönwald, Kandidatin der LINKEN für den Landtag im Wahlkreis 34 sowie für den Kreistag Märkisch-Oderland zurzeit auf einer so genannten Kneipentour durch mehrere Orte zwischen Oderbruch und Märkischer Schweiz. Ihre Gesprächsreihe mit musikalischer Begleitung von „Trash in Space & Tille“ begann sie Ende März in Wilhelmsaue bei Seelow. Hier diskutierte sie mit Vertretern aus der Zivilgesellschaft, Jugendhilfe, Wirtschaft und Kultur über die Zusam-

menarbeit mit parlamentarischen Gremien und der Verwaltung. Die Gesprächspartner*innen, u. a. Grit Körner, Regionalmanagerin der LAG Märkische Seen, Irina Kühnel und Maren Köpke-Kurth von der sozialpädagogischen Stiftung SPI sowie Dr. Kenneth Anders, Programmleiter des Oderbruchmuseums Altranft waren sich einig, dass im Landkreis ein Kreisentwicklungskonzept bzw. eine einheitliche Sozialraumstrategie vom Speckgürtel bis zu den peripheren Räumen mit langfristigen Handlungsstrategien gebraucht würden.

Beim Frühschoppen in Kienitz Ende April sprach Carolin Schönwald mit der Kreistagsvorsitzenden Bettina Fortunato, mit Landrat Gernot Schmidt sowie mit einigen Ausschussvorsitzenden des Kreistages wie Uwe Salzwedel von der LINKEN über das Zusammenspiel der kommunalen Vertretung und der Verwaltung. Dabei wurde un-

terstrichen, dass der Kreistag die Kontrollfunktion für den Landrat inne habe. Der Vorwurf, dass der Landrat gelegentlich das Gremium an Entscheidungen nicht beteilige, wies dieser mit dem Hinweis zurück, dass es Themen gäbe, die zu den ordinären Aufgaben der Verwaltung gehörten und nicht im Kreistag behandelt werden müssten.

Auch beim dritten Tourenstopp, am 1. Juni um 19 Uhr, in der Linde, in Platkow, können Bürger*innen, wie bereits in den vorangegangenen Gesprächsrunden, ihre Fragen stellen und Meinungen kundtun. Dort wird Carolin Schönwald mit neuen und alten/neuen Kandidat*innen für den Kreistag über deren Ziele, konkrete Inhalte und Visionen besprechen.

r. a. **Carolin Schönwald**

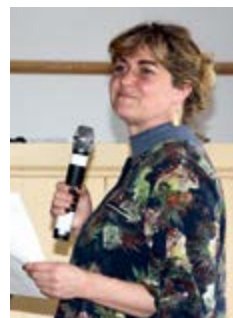


Foto: A. Fortunato

Landesregierung für die Menschen da – nicht für Tesla

Bürgertalk mit Sebastian Walter in Hoppegarten



Foto: R. Adolph



Foto: R. Adolph



Foto: J. Köhler

Seit über einem Jahr ist Sebastian Walter in Städten und Gemeinden unterwegs, um vor Ort mit Bürgerinnen und Bürgern über ihre Probleme des Alltags zu sprechen. Mitte Mai redete der Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag Brandenburg mit rund 50 Teilnehmer*innen in Hoppegarten Klartext über Auswirkungen der Landespolitik u. a. auf Bildung, den zunehmenden Lehrer- und Fachkräftemangel, auf fehlende Ärzte, ungenügendes Wassermanagement und schleppende Integration von Geflüchteten.

Hier, im Berliner Umland mit stetig steigenden Einwohnerzahlen sorgte das Thema Tesla angesichts seines großen Wasserbedarfes und den damit verbundenen Auseinandersetzungen mit dem ansässigen Wasserverband Strausberg Erkner (WSE) für besonders viel Redebedarf. Dabei kritisierte Sebastian Walter, dass seitens der Landesregierung Elon Musk der Rote Teppich für all` seine Forderungen ausgelegt werde. Die Regierung müsse endlich aufhören, sich zum Büttel von Teslas Profitinteressen zu machen und stattdessen die Interessen der Bürger*innen vertreten. Dazu gehöre beispielsweise, die IG Metall im Kampf für einen Tarifver-

trag für die Beschäftigten der Giga-Fabrik zu unterstützen. Die Werk-tätigen hier erhielten im Durchschnitt 25 Prozent weniger Lohn als ihre Berufskollegen der Branche in anderen Teilen Deutschlands.

Mit den Grenzwerten für Altlasten nehme es die Regierung bei TESLA auch nicht so genau, unterstrich Walter. Jede Pommesebude müsse dagegen kontinuierlich Prüfungen ihrer Altfettentsorgung vornehmen lassen.

Das Land habe dem WSE ein Wasserkontingent zur Verfügung gestellt, dass nicht für dessen vornehmliche Aufgabe zur Versorgung der Einwohner*innen (einschließlich Schulneubauten usw.) plus den enormen Bedarfen der Giga-Fabrik ausreiche. Das sei die eigentliche Kernfrage des gegenwärtigen Konflikts, so der Linkspolitiker.

Fritz Viertel, Landtagskandidat der Linken im hiesigen Wahlkreis 31, verwies auf die angespannte Wassersituation in der Region, in der jetzt bereits mehr Grundwasser entnommen als zurückgeführt werde. Ein langfristiges zukunftsweisendes Wassermanagement des Landes sei dringend notwendig. Vonnöten seien zudem ein gemeinsames solidarisches Agieren der Kommunen sowie ein sparsa-

merer Umgang mit dem kostbaren Gut Wasser, mahnte er.

Sebastina Walter machte beim Diskussthema Ärztemangel noch einmal deutlich, dass Krankenhäuser bzw. das gesamte Gesundheitssystem den Menschen und nicht dem Profit dienen müssten. Er erinnerte daran, dass während DIE LINKE in der Regierung mitarbeitete, ein Programm zur Arztförderung aufgelegt wurde, bei dem 100 Medizinstudenten ein jährliches Stipendium erhielten, um sie als künftige Ärzte in Brandenburg einsetzen zu können. Jetzt seien es lediglich noch 18 Studierende. Außerdem verließen in Brandenburg 20.000 Pflegekräfte jedes Jahr wegen schlechter Bezahlung und des hohen Stresses ihre Arbeitsplätze.

Geflüchtete müssten schnell und unbürokratisch in Arbeit und Ausbildung gebracht werden. So funktioniere auch die Integration besser, unterstrich Walter. Das Land hatte im zurückliegenden Jahr mehrere Hundert Millionen Euro Mehreinnahmen. Schulneubauten und die Ausbildung von Lehrern, auch Quereinsteigern, müssten davon zudem intensiver angegangen werden.

Renate Adolph

Eiszeit. Eisenzeit – Lesung mit Gabriele Krone-Schmalz

Mehrere Hundert Besucherinnen und Besucher strömen Ende April in das Kulturhaus Rüdersdorf, um von der Russlandkennerin Gabriele Krone-Schmalz kompetent Antwort auf ihre Fragen zum Ukraine-Krieg zu erhalten. Schließlich weiß die studierte Expertin für Osteuropäische Geschichte, Politische Wissenschaften und Slawistik sowie langjährige Korrespondentin der ARD in Moskau, wovon sie spricht. Ruhig und sachlich liest die vormalige Professorin für TV und Journalistik an der Hochschule Iserlohn und Mitglied des Lenkungsausschusses des Petersburger Dialoges sowie des Deutsch-Russischen Forums aus ihren aktuellen Texten und beantwortet Fragen des Publikums. Dabei moderiert die einstige Leiterin des Moskauer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Kerstin Kaiser, die Diskussionsveranstaltung, zu der die Gemeinde Rüdersdorf, der Verein „alternativen denken“ Strausberg und das „komunalpolitische forum“ Brandenburg eingeladen haben.

Krone-Schmalz spricht von eisigen Zeiten und eisernen Zeiten, von Krieg und Vorkrieg sowie verstellten Wegen zu Frieden und Solidarität, von Kriegsmüdigkeit und -fähigkeit. Sie erinnert an den Krieg in der Ostukraine um mehr Autonomie von 2014 bis 2022 mit 14.000 getöteten Zivilisten, an diverse NATO-Manöver, an 12 Geheimdienstbasen der USA an der Grenze zu Russland sowie an die durch die USA gekündigten Abrüstungsverträge mit jeweils großem Bedrohungspotential für Russland.

Bei den Waffenstillstandverhandlungen am 22. März 2022 in Istanbul nach dem Kriegsbeginn hatte Wolodymyr Selenskyj eingewilligt, auf eine Mitgliedschaft in



Foto: R. Adolph

der NATO zu verzichten und Neutralität zu wahren, wenn Russland seine Truppen aus der Ukraine zurückziehe. Aber nach dem NATO-Gipfel in Brüssel vom 24. März 2022, auf dem dem ukrainischen Präsidenten militärische Unterstützung zugesagt wurde, sowie nach dem Besuch des damaligen Britischen Premierministers, Boris Johnson, am 9. April 2022 in Kiew, wollte Selenskyj nichts mehr von den unterschrittsreifen Vereinbarungen mit Russland wissen. Die druckfertigen Absprachen seien an der westlichen Staatengemeinschaft gescheitert, um Russland militärisch und wirtschaftlich zu schwächen, konstatiert Gabriele Krone-Schmalz. Johnson habe bei seinem Blitzbesuch unterstrichen, dass ein Kriegsende nicht im westlichen Interesse liege.

Diplomatische Verhandlungen für Ende des Krieges notwendig

Statt des Stellvertreterkrieges und der Lieferungen von Kriegsgüter des Westens müsse es aber wieder Verhandlungen und diplomatische Vereinbarungen für einen Frieden geben, fordert die Expertin. Es gäbe unzählige Tote und Verwundete sowie unsagbares Leid. Auf allen Seiten steige

Kriegsmüdigkeit. An die Ukraine gelieferte Waffen tauchten auf dem Schwarzmarkt des Landes auf. Dort herrsche eine uferlose Korruption. Einzige nicht Verliererseite seien die USA mit Lieferungen von Fracking-Gas u. a. an Deutschland und mit steigenden Rüstungsprofiten, so die Journalistin. Zudem wurde eine engere Zusammenarbeit der EU mit Russland verhindert. Deutschland schaden die Sanktionen mehr als Russland. Die Energiepreise stiegen. In Deutschland werde mehr in Rüstung investiert als in Bildung. Mehrere Zehntausend ukrainische Soldaten würden hier ausgebildet. Damit werde das im Grundgesetz verankerte Friedensgebot verletzt, führt Krone-Schmalz weiter aus.

Kerstin Kaiser verweist darauf, dass das Kommando Heer von Strausberg aus, seine Einsatzbereitschaft verkündete, wenn es gefordert sei. Das Kommando baue die Panzerbrigade in Litauen mit auf und erhalte u. a. 39 Milliarden Euro für Panzer (Stück: 15 Millionen), für Ausrüstung und Digitalisierung. Wer aber der Ukraine helfen wolle, müsse für ein Ende des Krieges sein.

Renate Adolph

LINKE im Bundestag begrüßt Brief der SVV Strausberg Für einen Waffenstillstand in der Ukraine

DIE LINKE im Bundestag begrüßte den Offenen Brief der Stadtverordnetenversammlung (SVV) Strausberg vom 28. September 2023, in dem Bundeskanzler Olaf Scholz, die Bundesregierung und die Abgeordneten des Bundestages aufgefordert werden, im Krieg zwischen Russland und der Ukraine auf einen sofortigen Waffenstillstand aller Beteiligten und den Beginn eines Verhandlungsprozesses hinzuwirken. Das erklärt Sören Pellmann, Co-Vorsitzender der Gruppe DIE LINKE im Bundestag in einem aktuellen

Antwortwortschreiben an die Mitglieder der SVV. „Gerade in dieser Zeit, in der sich die Widersprüche in den internationalen Beziehungen verschärfen und vermehrt in kriegerischen Auseinandersetzungen münden, ist jede Initiative demokratischer Kräfte im Land zu unterstützen, die die Bundesregierung darauf drängen, diplomatische Lösungen zu finden und eine Politik der Deeskalation und des Friedens zu verfolgen“, heißt es weiter in dem Antwortschreiben. Sören Pellmann warnt außerdem: „Insbesondere der Ukraine-

Krieg und der Gaza-Krieg drohen sich zu einem Flächenbrand zu entwickeln und die Welt in den Abgrund eines atomaren Krieges zu reißen. DIE LINKE im Bundestag setzt sich daher unvermindert für eine Politik der Deeskalation und des Friedens ein, wendet sich gegen Sanktionen, die die Zivilbevölkerung treffen, sowie gegen Waffenlieferungen und setzt auf die Politik der Diplomatie, die die Souveränität und Sicherheitsinteressen aller Staaten respektiert.“

Meinhard Tietz

Neuigkeiten der LINKEN Bad Freienwalde

Mit frischem Wind und Taten-drang sind die Genoss*innen in Bad Freienwalde in das neue Jahr gestartet. Den Anfang machte unser traditionelles Gedenken an Erna und Kurt Kretschmann. Die Erinnerung an diese beiden tollen Menschen sollte hochgehalten werden. Sie lebten in unserer Stadt und wirkten nachhaltig an der Verbreitung des Naturschutzes und Friedens.

Es folgte ein Workshop mit dem Genossen Felix Schulz zu moderner Kommunikation und unserer neuen Corporate Identity. Wir dürfen den digitalen Raum weder den Rassisten der AfD noch irgendwelchen computergestützten Bots oder NPCs (Non-Playable Character) überlassen. Hier müssen und sollten wir aktiv sein und vor allem Jugendliche für gesellschaftlichen Zusammenhalt sensibilisieren. Auf dem Workshop gründeten wir unser „Team Social Media“. Am 8. April haben die Genoss*innen außerdem in der Geschäftsstelle feierlich unseren Instagram-Account „scharf“ geschaltet.

Darüber hinaus startete in der

Geschäftsstelle eine Verbrauchersprechstunde zum Thema Versicherungen. Jeden Mittwoch von 17 bis 18 Uhr, können sich Bürger*innen nun zu Fragen rund um Haftpflicht-, Hausrat-, Lebens- oder Krankenversicherungen kostenfrei und ohne Anmeldung beraten lassen.

Gemeinsam mit einem lokalen Sportverein gründeten wir zudem eine linke Sportgruppe. Ohne Leistungsdruck und mit viel Empathie steht das Angebot für alle unter dem Motto „Spiel, Spaß, Sport“.

Rund 2 Dutzend Gäste sind unserer Einladung zum 8. März, dem internationalen Kampftag für Frauen gefolgt. Im Gemeinnützigen Informations-, Bildungs- und Begegnungszentrum (GiBBZ) trafen wir uns und tauschten uns aus. Begleitet wurde unser Gesprächsangebot bei Kaffee und Kuchen von herzlichen Worten unseres Fraktionsvorsitzenden in der Stadtverordnetenversammlung (SVV) Marco Büchel sowie von Klarinettenklängen des loka-



Foto: Alex Schirmer

len Musikvereins.

Zurzeit konzentrieren wir uns in einem breiten Bündnis auf die Vorbereitung des jährlichen Festes „Bad Freienwalde ist bunt“ am 1. Juni sowie auf den Wahlkampf. Am 15. Juni werden wir ab 9.30 Uhr die Kommunal- und Europawahlen auswerten: Bad Freienwalde, Wriezener Straße 42. Es gibt viel zu tun, packen wir's an!

Christian Torenz

Demokraten werden gejagt

Als die Pegida-Demonstrationen begannen und Politiker*innen „am Galgen baumelten“, galt die Parole „Das muss eine Demokratie aushalten!“. Ja aber was eigentlich? Unser Gesellschaftssystem Demokratie verbietet keine antidemokratischen Parteien oder Position von vornherein. Erst wenn eine hohe Summe an Verstößen und Delikten gegen unsere demokratischen Grundwerte dokumentiert ist, kann ein Verbotsverfahren gestartet werden. Ob es Erfolg hat, bedarf einer rechtlichen Abwägung.

Seit Jahren erleben wir in allen Regionen eine massive Zunahme von Gewalt gegen Journalist*innen, Politiker*innen und Minderheiten. Gehörten die Falschinformationen der AfD im letzten Bayernwahlkampf über

angelbliche Übergriffe auf ihren Parteivorsitzenden noch zur Wahlkampfstrategie, sind diese nun für die demokratischen Parteien zur bitteren Realität geworden?

Gezielt werden bestimmte Parteien: SPD – DIE LINKE – Die Grünen, Opfer physischer Gewalt. Das Beschädigen von Plakaten während des Wahlkampfes nimmt ebenfalls extreme Ausmaße an. Spannenderweise gilt dieses Ausmaß wieder nur für bestimmte Parteien. Auch wenn sich hier feststellen lässt, dass die populistisch so genannten „Altparteien“ in Gänze betroffen sind. Wobei die Leipziger CDU für ihre Sachschäden schon Linksextremisten ohne jeglichen Beweis verantwortlich macht. Anstatt bei diesen Exzessen mutwilliger Zerstörung innewzuhalten, wird

selbst mit populistischem Parolen Wahlkampf betrieben.

In einigen Regionen beläuft sich die Zerstörung von Plakaten der Linken auf über 20%. Die unbändige Wut auf bestimmte Parteien und das „Nichtaushaltenkönnen“ von verschiedenen Positionen nimmt mittlerweile einen großen Raum in unserer Gesellschaft ein. Früher wussten alle in der Kneipe beim Fußball gucken, was wer wie hätte besser machen müssen und warum der Trainer der Schlechteste aller Zeiten ist. Heutzutage gilt diese egozentrische Polemik auch außerhalb von Kneipen und Fußballspielen. Alexander Gauland prophezeite im Herbst 2017: „Wir werden sie jagen“. Nun ist es so weit. Demokrat*innen werden wieder gejagt.

Judith Maringer

Neuer Höchststand rechter Vorfälle in MOL

Die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Märkisch-Oderland hat im April ihre Chronik über rechte Vorfälle in Märkisch-Oderland 2023 veröffentlicht. Mit 301 von uns aufgenommenen rechten Vorfälle wurde ein neuer Höchststand in MOL erreicht. Alle Vorfällearten sind angestiegen. Der Landkreis liegt damit in Brandenburg auf Platz 3. Im Jahr 2022 wurden 193 Vorfälle aufgenommen. Das bedeutet einen Zuwachs von mehr als 50 Prozent.

Besonders häufig wurden rechte Propaganda sowie Pöbeleien, Beleidigungen und Bedrohungen verzeichnet.

Dabei geht es vor allem um Aufkleber, Plakate und Flyer mit rassistischem, antisemitischem oder homophobem Inhalt. Auch mehrere Vorfälle von Verharmlosung und Verherrlichung des NS-Regimes seien dokumentiert worden. Anfeindungen richteten sich auch zunehmend gegen als queer wahrgenommene Menschen.

Ein klarer räumlicher Schwerpunkt besteht entlang der gesamten S5-Region.

Mehr Details, auch zum Aufnehmen der Daten finden sich in der vollständigen Chronik. Gedruckte Exemplare sind auf Anfrage kostenlos erhältlich:

ag-borg@horte-srb.de,
Telegram 0163 386 75 82.

*Peps Gutsche und Tom Kurz
Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Märkisch-Oderland (BORg)*

Zahlreiche Kundgebungen gegen die AfD



Kundgebung antifaschistischer Gruppen in Strausberg

Wie in Strausberg, wo sich am 20. April rund 200 Demonstrierende für die Einleitung eines Verfahrens zu einem AfD-Verbot

einsetzten, gingen in den zurückliegenden Monaten mehrere Tausend Menschen in vielen Orten Märkisch-Oderland gegen Hass und Hetze auf die Straße. Dabei warnten Demokraten aus den unterschiedlichsten Milieus lautstark vor den Gefahren eines wachsenden Rechtsextremismus. *r. a.*

Eine feministische LINKE braucht Ansprechpersonen

Für die LINKE sind feministische Politik und Geschlechtergerechtigkeit wichtige Anliegen. Dies gilt gesamtgesellschaftlich als auch innerhalb der Partei. Als Antwort auf Vorfälle von Sexismus, sexualisierter Belästigung und Gewalt innerhalb der Partei und in Solidarität mit den Betroffenen von Sexismus und Gewalt in der Linken wurde auf dem Bundesparteitag 2022 in Erfurt nahezu einstimmig der Antrag P13 „Den Grundkonsens erneuern. Für eine feministische LINKE“ verabschiedet. Er beinhaltet eine Reihe von Maßnahmen und Beschlüssen zur feministischen Erneuerung der Partei Die Linke und im Besonderen zum Umgang mit Vorfällen von Sexismus, sexueller Belästigung und geschlechtsspezifischer Gewalt in der eigenen Organisation. Hierin heißt es: „Für jeden spe-

zifischen Fall brauchen wir verbindliche und klare Leitfäden und Verfahrensweisen, die jeweils in Gang gesetzt werden, mit denen wir 1. sorgsam und respektvoll handeln, 2. Betroffene schützen und 3. gleichzeitig die Rechte aller Beteiligten gewährleisten können.“

Damit dies gewährleistet ist, werden Vertrauensgruppen und -personen auf allen Ebenen der Partei eingerichtet. Auf der Kreisvorstandssitzung am 13. März 2024 wurde ich für Märkisch-Oderland benannt. Ich mache seit vielen Jahren antifaschistische und feministische Politik aus einer queeren Perspektive und setze mich beruflich mit der Prävention von und Intervention bei Diskriminierung und sexualisierter Gewalt auseinander. Gemeinsam mit vielen anderen Genoss*innen set-

ze ich mich dafür ein, die Partei so zu gestalten, dass Menschen sicher sind vor Diskriminierung und Machtmissbrauch und sich gut einbringen können. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, ein Umfeld zu gestalten, in dem wir solidarisch und achtsam miteinander umgehen und unsere Kraft für den Kampf für soziale Gerechtigkeit bündeln können.

Als Vertrauensperson bin ich für alle ansprechbar, die Sexismus, sexualisierte Belästigung und Gewalt in ihrer Parteiarbeit erfahren. Ich unterstütze dich im Einordnen deiner Erfahrungen und überlege mit dir gemeinsam, wie vorgegangen werden kann. Unsere Gespräche finden vertraulich und wenn gewünscht auch anonym statt. Ihr erreicht mich unter: vertrauensp@dielinke-mol.de

Peps Gutsche

Gewaltfreier Umgang in der Partei Die Linke Nur interessant für frauenbewegte Mitgliederinnen?

Am 22. April fand in der Geschäftsstelle der Partei Die Linken in Strausberg die Bildungsveranstaltung im April mit Kathi Gebel, Mitglied des Parteivorstandes der Linken, statt. Thema war der umstrittene Parteitagsbeschluss „P13 - Leitfaden zum Umgang mit Fällen von Sexismus, sexistischen und queerfeindlichen Grenzverletzungen und sexistischer Gewalt“. Wir fragten uns: Wozu braucht Die Linke so etwas?

Kathi Gebel war selbst an der Erarbeitung von P13 beteiligt und berichtete zunächst über die

Entstehungsgeschichte des Beschlusses. Zur Notwendigkeit eines solchen Beschlusses in der Partei gab es bei den anwesenden (durchweg frauenbewegten) Teilnehmerinnen keine Zweifel. Jede konnte von Respektlosigkeiten im Umgang in der Partei berichten und jede hätte sich gewünscht, in die Diskussion zu kommen mit Mitgliedern, die das anders sehen.

Das bringt mich zu der Frage, die ich mir stelle, seit ich als Bildungsbeauftragte des Kreisverbandes MOL jeden Monat Bildungsver-

anstaltungen organisiere und jeweils kompetente Leute dafür gewinne: Wie kommt es, dass zwar ständig die Forderung nach innerparteilicher Bildung erhoben wird, wenn sie dann aber stattfindet, kommen nur wenige Interessierte?

Daher hier erneut die Aufforderung: Schickt mir eure Themenwünsche an: bildungsbeauftragte@dielinke-mol.de. Wir kommen auch gern zu euch in die BOs, wenn ihr einen Raum zur Verfügung stellen könnt.

Vielen Dank für eure Mitarbeit.

Ursula Böttcher

Futter für linke Köpfe Hyperpolitik Podcast von und mit Ines Schwerdtner

Wir leben im Zeitalter der Hyperpolitik. Die Politisierung der Menschen ist gegenwärtig extrem, aber da sie sich nur

in kurzfristig geäußerten Bekenntnissen ausdrückt, kaum zu gemeinsamen solidarischen Aktionen führt, bleibt sie politisch folgenlos.

Ines Schwerdtner analysiert jede Woche die politischen Debatten unserer Zeit. Dieser Podcast, der überall angehört

werden kann, wo es Podcasts gibt, wird von der Kandidatin für's EU-Parlament, Mitglied der Linken und langjährigen Mitherausgeberin des JACOBIN Ines Schwerdtner inhaltlich gestaltet und vorgetragen. Sehr informativ und hörenswert!

Bürgerbüros**Bettina Fortunato (Mdl)****Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon:(0 33 46) 85 21 45

Telefax: (0 33 46) 85 21 47

buero-fortunato@t-online.de

www.bettina-fortunato.de

Montag bis Donnerstag

9.00 - 13.00 Uhr

(Nach Vereinbarung)

Geschäftsstellen**Kreisgeschäftsstelle MOL**

www.dielinke-mol.de

info@dielinke-mol.de

Strausberg

Große Straße 45

15344 Strausberg

Telefon:(0 33 41) 31 17 96

Telefax: (0 33 41) 31 47 75

strausberg@dielinke-mol.de

www.dielinke-strausberg.de

Mo. 10 – 12 Uhr | Die. 10 – 16 Uhr

Mi. 10 – 12 Uhr | Do. 10 – 16 Uhr

Bad Freienwalde

Grünstraße 8

16259 Bad Freienwalde

Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41

frw@dielinke-mol.de

www.dielinke-frw.de

1. Dienstag im Monat

9.30 - 11.30 Uhr

jeden Mittwoch

16.00 - 18.00 Uhr

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47

seelow@dielinke-mol.de

www.dielinke-seelow.de

Montag bis Mittwoch

9.00 - 12.00 Uhr

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss: 15. Juni 2024

Erscheinen: 1. Juli 2024

Wir treffen uns**Ehrenamtliche helfen u. a. bei**

- Anträgen für Wohn-, Bürgergeld
- Anträgen zum Elterngeld oder Leistungen aus dem Bildungspaket
- Briefen in Amtssprache.
- kostenloser digitaler Rechtsberatung mit **Rechtsanwalt Karsten Knobbe** zum Miet-, Arbeits- Zivil- oder Asylrecht möglich: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/mat-olu-Osb-etw> oder alternativ telefonisch unter **030-8094950** (PIN 18202).

Bei Fragen zu rechten Übergriffen arbeitet Die Linke mit der Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt MOL (BORg) zusammen.



Unser Genosse **Dieter Schäfer** wurde am 22. Mai zum **Ehrenbürger der Stadt Strausberg** durch die Bürgermeisterin Elke Stadeler und den Ministerpräsidenten Dietmar Woidke ernannt.

Herzliche Glückwünsche!



Foto: R. Adolph

Traditioneller 1. Mai in Strausberg

Die traditionelle politische Kundgebung zum 1. Mai in Strausberg mit Ständen und Programmen von Parteien und Organisationen fand in diesem Jahr am Vormittag in der Großen Straße am Landsberger Tor unabhängig vom Frühlingsfest der Stadt statt. Ein Bündnis von Linkspartei, Grünen, DGB-Gewerkschaften, horte, VVN-BdA, Rotfuchs und weiteren demokratischen Akteuren machte unübersehbar im Zentrum der Stadt auf Forderungen der arbeitenden Menschen, für Frieden, nach einer demokratischen Gesellschaft und gegen Armut aufmerksam. Auf dem Podium diskutierten Mitglieder und Knadidierende der Stadtverordnetenversammlung u. a. über bezahlbare Mieten, notwendige Tarifbindungen und beitragsfreies Mittagessen an Schulen.

Die Landtagskandidatinnen Kerstin Kaiser (LINKE), Elske Hildebrandt (SPD) und Susanne Altvater (Grüne) plädierten für höheren Mindestlohn, Klimagerechtigkeit und gegen wachsenden Rechtsextremismus. Viel Anklang erhielten auch das Musikprojekt „Die Planung“ aus Reichenow und einer Gruppe aus dem Hausprojekt Allerhand. r. a.

Unser Wahlkampf – Lasst uns drüber reden!

Plakate hängen – Flyer verteilen – Infostände betreuen – Haustürgespräche führen – Kandierende vorstellen

Wie waren die letzten Wochen für Euch? Der Kreisvorstand lädt Euch herzlich zum Meinungsaustausch ein:

5. Juli, 17 Uhr

Geschäftsstelle der LINKEN MOL
Große Straße 45, Strausberg.

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei Die Linke MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Ronny Kühn und Doris Richter, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, info@dielinke-mol.de.

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: Die Linke MOL, privat